

Willy-Brandt-Vorlesung 2002

Polnische Befreiung und deutsche Vereinigung

Der mühsame Weg zur Lösung
von zwei Jahrhundertfragen

von Heinrich August Winkler

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG
PRZEDSIĘWZIĘCIELSTWO W POLSCE

centrum im. willy brandta
willy brandt centrum

A 03 - 01021



Herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Warschau

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
(Tel. 0228-883-473)
E-mail: Doris.Fassbender@fes.de
und bei: Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Warschau
ul. Podwale 11, PL 00-252 Warschau

© 2002 by Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Warschau
ul. Podwale 11, PL 00-252 Warschau

Grafische Gestaltung: Janusz Pilecki
Fotos: Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung, Tomasz Walków/AG
Herstellung: WEJM

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Poland 2002

ISBN 83-86088-65-6

Inhalt

- 5. Begrüßung
Holger Börner, Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 8. Begrüßung
Prof. Dr. Krystyna Gabryjlska, Prorektorin der Universität Breslau
- 10. Vortrag
Prof. Dr. Heinrich August Winkler, Humboldt-Universität zu Berlin
- 22. Schlusswort
Dr. Krzysztof Ruchniewicz, amt. Direktor des Willy-Brandt-Zentrums
für Deutschland- und Europastudien

Begrüßung
Ministerpräsident a.D. Holger Börner
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

anlässlich des Vortrags
von Prof. Dr. Heinrich August Winkler
bei der ersten Willy-Brandt-Vorlesung
der Friedrich-Ebert-Stiftung
am „Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland-
und Europastudien an der Universität Wrocław“

11. Oktober 2002

Magnifizenz,
sehr geehrte Vertreter der Universität Breslau,
lieber Herr Professor Winkler, liebe Frau Winkler,
meine Damen und Herren,

nach dem Fall der Berliner Mauer sagte Willy Brandt, daß jetzt „wieder zusammenwächst, was zusammen gehört“. Das ist im Gedächtnis der Menschen haften geblieben – ebenso wie das symbolträchtige Bild seines Kniefalls 1970 vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau.

Die meisten Menschen beziehen dieses Wort ausschließlich auf das Wiederzusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands. Willy Brandt aber hatte weit mehr damit gemeint, nämlich hinzugefügt: „Das gilt für Europa im Ganzen.“ Diesem Ziel galt Willy Brandts Neue Ostpolitik. Sie hat eine wesentliche Grundlage für die gegenwärtigen Möglichkeiten eines Zusammenwachsens Europas geschaffen. Wir fühlen uns dieser Aufgabe in hohem Maße verpflichtet.

In diesem Sinne begrüßen wir die Gründung des „Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław“.

- Dieses Zentrum soll einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken einer breit verstandenen europäischen Integration über die staatliche Zusammenarbeit hinaus in der Gesellschaft zu verankern.
- Dies ist unabdingbar; denn ohne gesellschaftliches Mitwirken bleibt staatliches Handeln letztlich fruchtlos.

Ich spreche hier als Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Willy Brandt als Mitglied eng verbunden war. Wir sind wie er der Idee der sozialen Demokratie verpflichtet.

Wie in vielen anderen Ländern Europas und der Welt arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung schon seit Beginn der 70er Jahre auch mit polnischen Partnern zusammen – zunächst über persönliche Kontakte, dann über unser Büro in Warschau.

Dieses langjährige Wirken hat der ehemalige Stipendiat unserer Stiftung Professor Balcerowicz in seiner Grußadresse zu unserem 70jährigen Bestehen folgendermaßen gewürdigt:

„In Polen war die Friedrich-Ebert-Stiftung schon vor der Wende vielen meiner Mitbürger mit ihrem Engagement bekannt. Einem Engagement, mit dem sie jene Prozesse unterstützte, die 1989 zu einer Revolution in Osteuropa geführt haben. (...) Zu den Zielen der Stiftung gehörte bereits damals, einen breiten sozialen Konsens für die Reformen zu schaffen, der nicht Gegenstand parteipolitischer Schachzüge ist.“

Die Arbeit des neu gegründeten Willy-Brandt-Zentrums wollen wir auf zweierlei Weise unterstützen:

- Zum ersten werden wir dem Zentrum unsere Ausstellung „Willy Brandt und Polen. Für Frieden in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit“ übergeben. Diese Ausstellung ist jetzt zwei Jahre lang in einem Dutzend polnischer Städte gezeigt worden – wie ich höre, mit großem Erfolg. Sie soll künftig dauerhaft im Willy-Brandt-Zentrum zu sehen sein. Dort soll sie über Willy Brandts Engagement, auch gegenüber Polen, umfassend informieren. Dazu dient auch ein polnischsprachiger Katalog, in dem alle Ausstellungstexte und Abbildungen vollständig abgedruckt sind.
- Außerdem wird die Friedrich-Ebert-Stiftung alljährlich im Umfeld von Willy Brandts Todestag am 8. Oktober eine Willy-Brandt-Vorlesung veranstalten, deren Text

in deutscher und polnischer Sprache in einer eigenen Schriftenreihe veröffentlicht wird. Die Themen der Vorlesungen werden sich jeweils auf das polnisch-deutsche Verhältnis im europäischen Kontext beziehen.

- Für die heutige Vorlesung, die diese Tradition begründen soll, haben wir einen besonders prominenten Wissenschaftler gebeten, Herrn Prof. Dr. Heinrich August Winkler von der Humboldt-Universität in Berlin. Herr Professor Winkler hat viele bekannte Werke zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vorgelegt, u.a. zuletzt – eine mit vielen Auszeichnungen bedachte zweibändige deutsche Geschichte bis zur Gegenwart. Darin behandelt er Deutschlands Weg in die westliche Demokratie.
- Herr Professor Winkler ist nicht nur ein hoch geachteter Wissenschaftler, sondern auch ein engagierter Hochschulpolitiker und ein einflußreicher politischer Publizist.

Ein besonderes Anliegen waren ihm seit den 80er Jahren die Verbindungen zur intellektuellen Opposition in Polen.

- Er unterstützte sie mit publizistischen Mitteln vor allem in der Zeit des Kriegsrechts und setzte sich für internierte Berater der Gewerkschaft „Solidarnosc“ ein.
- Zudem machte er seinen Einfluß bei deutschen Politikern geltend, Gespräche nicht nur mit Partei und Staat, sondern auch mit Vertretern der Bürgerrechtsbewegung zu führen.

Dieses wissenschaftliche und politische Engagement wurde nicht nur mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt. Auch die Republik Polen verlieh ihm im November 2000 das Offizierskreuz ihres Verdienstordens.

Herr Prof. Winkler wird nun zu uns über ein Thema sprechen, das für Polen wie Deutschland gleichermaßen zentral ist:

„Polnische Befreiung und deutsche Vereinigung. Der mühsame Weg zur Lösung von zwei Jahrhundertproblemen“.

Wir freuen uns auf seine Ausführungen.

Begrüßung

Prof. Dr. Krystyna Gabryjelska
Prorektorin der Universität Breslau

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe die Ehre, Sie zum Vortrag des herausragenden deutschen Historikers, Professor Heinrich August Winkler, begrüßen zu dürfen. Prof. Winkler ist ein exzellenter Kenner der deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Veranstalter dieser Begegnung sind das Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Breslau sowie die Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Polen.

Dieses Treffen, zu dem Sie so zahlreich erschienen sind, eröffnet gleichzeitig auch das akademische Jahr für die ersten Studenten des zweijährigen postgradualen Studiengangs, der vom Willy-Brandt-Zentrum geleitet wird. Ich möchte daher auch die Studenten herzlich willkommen heißen und ihnen für das Studium viel Erfolg wünschen. Dem Profil des Zentrums entsprechend soll dieser Studiengang junge Kader ausbilden, die Polen nun unbedingt braucht, da es sich in die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kreisläufe Europas immer stärker einbringt. Sowohl das postgraduale als auch das Doktorandenstudium, an dessen Aufbau noch gearbeitet wird, sollen interdisziplinären Charakter haben. Deshalb gehören dem Zentrum insgesamt sechs Lehrstühle an: Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft, Kulturwissenschaft, Germanistik und Geschichte. Die Lehrstühle sollen sowohl im Bereich der Forschung als auch in der Lehrtätigkeit eng miteinander zusammenarbeiten. Schwerpunkte des Studienprogramms bilden Geschichte und Gegenwart unseres westlichen Nachbarn: Die Studenten werden ihr Wissen über die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, über das politische und rechtliche System dieses Staates, seine Innen- und Außenpolitik, die Funktionsweise der Gesellschaft, die deutsche Kultur und ihre herausragenden Errungenschaften vertiefen.

Deutschland ist unser wichtigster Partner in Europa. Ich bin der Meinung, dass man niemanden mehr davon überzeugen muss, dass die Ausbildung junger Polen, die Deutschland und die dort herrschenden Mechanismen kennen, absolut notwendig für eine sich immer besser gestaltende Zusammenarbeit ist. Der Unterricht wird von Mitarbeitern des Zentrums geleitet, die dem Lehrkörper unserer Universität angehören. Sie haben sich bereits als kreative und unermüdete Forscher sowie geschätzte Dozenten zu erkennen gegeben. Gastvorlesungen im Zentrum werden auch herausragende Wissenschaftler aus Deutschland und anderen westlichen Ländern halten. Geplant sind zudem Studienreisen sowie Praktika. Das Zentrum will nämlich den Studenten neben Theorie auch ein Höchstmaß an praktischem Wissen vermitteln, damit sie gefragte Experten auf dem Arbeitsmarkt werden. Die Universitätsorgane, der Wissenschaftsrat, der das Zentrum betreut, sowie natürlich auch dessen Direktion und Mitarbeiter haben ferner den Wunsch, dass die vom Zentrum betriebenen Forschungsarbeiten einen bedeutenden Beitrag zur Wissenserweiterung leisten und dass sie in möglichst umfassendem Ausmaß der Alltagspraxis der polnisch-deutschen Nachbarschaft im zusammenwachsenden Europa nützlich sein werden. Aus diesem Grunde wollen wir möglichst schnell ein dreijähriges Doktorandenstudium einrichten, bei dem man sich mit diversen wichtigen Problemen aus dem Bereich der Deutschland- und Europakunde befassen wird.

Wir hoffen, dass das Zentrum, das seine Tätigkeit gerade erst aufnimmt, bereits in nächster Zeit zu einer sowohl im In- als auch im Ausland geschätzten Institution wird. Ihren Beitrag dazu leisten werden zweifellos die ersten Studenten, die künftig - was ich ihnen herzlich wünsche - dank Fachwissen und Fleiß, den Beweis für das hohe Bildungsniveau des Willy-Brandt-Zentrums in Wrocław liefern werden.

Und nun möchte ich Sie einladen, sich den Vortrag von Professor Winkler anzuhören. Zum Abschluss möchte ich nur noch daran erinnern, dass wir bald die Möglichkeit haben werden, andere herausragende deutsche und polnische Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft kennen zu lernen. Das Zentrum beabsichtigt nämlich, Vortragsreihen zu veranstalten, die dem Andenken seines Schirmherren, dem deutschen Kanzler Willy Brandt, gewidmet sind.

Deutsch von Krystyna Jedlińska

Polnische Befreiung und deutsche Vereinigung Der mühsame Weg zur Lösung von zwei Jahrhundertfragen

von Heinrich August Winkler

Zehn Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, im August 1955, wurden repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland vom Institut für Demoskopie in Allensbach mit einer hypothetischen Frage konfrontiert: Sollte Bundeskanzler Konrad Adenauer ein etwaiges sowjetisches Angebot, die Wiedervereinigung Deutschlands mit freien Wahlen gegen den endgültigen Verzicht auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen annehmen oder ablehnen? Zwei Drittel (67%) sprachen sich für Ablehnung und nur ein Zehntel (10%) für Annahme aus.¹

Eine Wiedervereinigung in den Grenzen von 1945 wäre also, so muß man folgern, mit einer großen Gefahr verbunden gewesen: einem radikalen Nationalismus, der schon einmal, nach dem Ersten Weltkrieg, zur Zerstörung einer deutschen Demokratie beigetragen hatte. In dem langanhaltenden Streit, ob es im Frühjahr 1952, nach Stalins Deutschlandnote vom 10. März, die Möglichkeit einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit gegeben habe, spielen Meinungsumfragen wie die eben zitierte kaum eine Rolle. Doch die öffentliche Meinung in Sachen deutsche Ostgrenze war ein Politikum erster Ordnung. Für eine Wiedervereinigung in den Grenzen von 1945 war Deutschland in den fünfziger Jahren noch nicht reif. Wenn die Westmächte nicht genügend andere, politische wie militärische Gründe gehabt hätten, Stalins Vorstoß abzulehnen: Die Furcht vor dem Nationalismus eines neutralisierten Gesamtdeutschland hätte ausgereicht, um einer Wiedervereinigung eine Absage zu erteilen.

Das große Umdenken in der Bundesrepublik begann erst im folgenden Jahrzehnt. Den Anstoß gab der Realitätsschock vom 13. August 1961. Durch den Bau der

¹ *Jahrbuch der öffentlichen Meinung (J=JOM) 3 (1958 - 1964), S. 323 - Wegen des Essaycharakters dieses Vortrags beschränken sich die Anmerkungen auf den Nachweis von Zitaten und Zahlen.*

Berliner Mauer wurde die Teilung Deutschlands im Wortsinn zementiert. Adenauers „Politik der Stärke“ hatte die Deutschen der Einheit nicht nähergebracht: Von dieser Einsicht war es nur noch ein Schritt zu der Devise, die Egon Bahr, damals Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin und einer der engsten Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt, am 16. Juli 1963 in einem Vortrag in der Evangelischen Akademie Tutzing ausgab: „Wandel durch Annäherung“.² Die Realitäten anerkennen, um sie zu verändern: Diesem Motto folgte der Berliner Senat bei seiner „Politik der kleinen Schritte“, die zu den Passierscheinabkommen von 1963 bis 1966 führte.

Das Umdenken der sechziger Jahre blieb nicht auf das Verhältnis zwischen West- und Ost-Berlin und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik beschränkt. Am 1. Oktober 1965 veröffentlichte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Denkschrift seiner Kammer für öffentliche Verantwortung unter dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“.³ Darin forderten die Autoren, die Grundlagen der deutschen Ostpolitik, einschließlich der künftigen Ostgrenze, sorgfältig zu prüfen und neu zu formulieren. „Den deutschen Rechtsstandpunkt starr und einseitig zu betonen“ genüge nicht; vielmehr komme es darauf an, „im deutschen Volk selbst und nach außen eine Atmosphäre zu schaffen, in der dann auch in einzelnen Schritten Akte der Versöhnung mit dem östlichen Nachbarn möglich werden“.⁴ Am 5. Dezember 1965 sprachen sich auch die katholischen deutschen Bischöfe während des Zweiten Vatikanischen Konzils in Rom in einer Antwort auf einen Brief der polnischen Bischöfe vom 18. November für gegenseitiges Vergeben und für Bemühungen aus, im Geiste christlicher Liebe „alle einseitigen Folgen des Krieges in einer nach allen Seiten befriedigenden und gerechten Lösung zu überwinden“.⁴

Zwei Jahre später, im November 1967, gab es in Umfragen erstmals eine relative Mehrheit (von 46% zu 35%), die bereit war, sich mit der Oder-Neiße-Grenze abzufinden.⁵ Im Meinungsumschwung der sechziger Jahre spiegelten sich mehrere Faktoren: die gelungene Integration der Heimatvertriebenen in die bundesrepublikanische Gesellschaft; ein generationsbedingter Wandel der Mentalitäten; die weltpolitische Entspannung, die bald nach der Überwindung der Kubakrise vom

¹ Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 152 ff.

² *Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 11 (1965), S. 869 - 897 (Zitat: S. 896).*

³ *Ebd.*, S. 973 - 976 (Zitat: S. 775).

⁴ *JOM 5 (1968 - 1973), S. 525.*

Herbst 1962 einsetzte. Bis Mitte der sechziger Jahre waren sich die Parteien der Bundesrepublik noch einig darüber, daß über die deutsche Ostgrenze endgültig erst in einem Friedensvertrag entschieden werden könne, eine wie immer gear- tete Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze also nicht in Frage käme. Die Sozial- demokraten machten da keine Ausnahme: Noch im November 1964, neun Mo- nate nach der Wahl Willy Brandts zum Parteivorsitzenden, tagte der Parteitag der SPD in Karlsruhe unter einer Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1937 mit dem Text „Erbe und Auftrag“.⁶

Dreieinhalb Jahre später, am 18. März 1968, vollzog Brandt, inzwischen Außen- minister der Regierung der Großen Koalition, eine spektakuläre Wende. Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD erklärte er, das deutsche Volk brauche die Versöh- nung mit Polen, ohne zu wissen, wann es seine staatliche Einheit und einen Friedensvertrag finden werde. „Was ergibt sich daraus? Daraus ergibt sich die An- erkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedens- vertraglichen Regelung.“⁷ Heftige Proteste aus den Reihen des Bundes der Ver- triebenen und der Unionsparteien hielten den Außenminister nicht davon ab, im Mai des Bundestagswahljahres 1969 seine Position in einem Vortrag in München nochmals zu bekräftigen: „Ich ... wiederhole hier, daß wir jederzeit bereit sind, mit der polnischen Regierung über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen unter Einschluß des Grenzproblems – als Element einer europäischen Friedensord- nung – zu verhandeln. Wir sind gesprächsbereit. Die Aussöhnung mit Polen ist eine der großen Aufgaben, die vor uns liegen. Und ich bin sicher, daß dieses Ziel auch von der großen Mehrheit der heimatvertriebenen Landsleute bejaht wird.“⁸

Weiter, so bemerkt Brandt in seinen 1974 erschienenen Memoiren „Begegnungen und Einsichten“, habe er als Außenminister der Großen Koalition nicht gehen kön- nen. Das trifft zu. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen war unlös- bar verknüpft mit der Anerkennung der Grenze an Oder und Görlitzer Neiße und einer wie immer gearteten Anerkennung der DDR. Diesen Preis wollte die CDU/CSU damals nicht zahlen. Die über 4,5 Millionen Heimatvertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, die 1950 in der Bundesrepublik und West- Berlin lebten, bildeten ein von allen Parteien umworbenes Wählerreservoir. Zählte man die Vertriebenen aus deutschen Siedlungsgebieten außerhalb der Reichs-

grenzen hinzu, wuchs dieses Reservoir sogar auf über 8 Millionen an.⁹ Wer sich für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und damit für einen Verzicht auf die Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reiches aussprach, ging auch 1969 noch ein beträchtliches Risiko ein.

Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten, die dazu bereit waren, ge- nossen zwar die Unterstützung wichtiger Medien, darunter der Hamburger Wochenzeitschriften „Spiegel“, „Zeit“ und „Stern“, sowie von zwei überregionalen Tageszeitungen, der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Frankfurter Rundschau“. Doch das Ergebnis der sechsten Bundestagswahl vom 28. September 1969 fiel äußerst knapp aus: Zusammen verfügten SPD und FDP über nur fünf Stimmen mehr, als zur absoluten Mehrheit und damit zur Kanzlerwahl erforderlich waren. Am 21. Oktober 1969 wurde Willy Brandt mit vier Stimmen oberhalb des Minims- ums zum Bundeskanzler gewählt. Die Weichen für eine „neue Ostpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland waren gestellt.

Als Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel am 7. Dezember 1970 den Warschauer Vertrag unterzeichneten, wußten sie eine Mehrheit der Deutschen in der Bundesrepublik hinter sich und eine starke Minderheit gegen sich: Im März jenes Jahres hatten sich in einer Meinungsumfrage 58% für und 25% gegen die Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen. Der Vorbehalt der endgültigen Festlegung der deutsch-polnischen Grenze durch einen Friedens- vertrag blieb durch Noten der Regierungen der Bundesrepublik und der drei Westmächte an die Regierung der Volksrepublik Polen formell gewahrt. Aber es bestand auf beiden Seiten kein Zweifel daran, daß der Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen den territorialen Status quo zwischen Deutschland und Polen festschrieb und eben darum eine tiefe Zäsur im Verhältnis der beiden Nationen bildete. Brandts Kniefall am Denkmal für die Opfer des Aufstandes im Warschauer Ghetto war ein Bekenntnis zur histo- rischen Schuld Deutschlands – das eindrucksvollste Bekenntnis, das je ein deut- scher Politiker nach 1945 abgelegt hat. In einer Fernsehrede, mit der er sich von Warschau aus an die Deutschen wandte, versicherte der Bundeskanzler, der Vertrag „gebe nichts preis, was nicht längst verspielt worden“ sei, und zwar nicht von denen, die in der Bundesrepublik Verantwortung trügen, „sondern von einem

⁶ Kurt Klitzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin 1982, S. 569.

⁷ Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960 - 1975*, Hamburg 1976, S. 242.

⁸ *Ebd.*, S. 243.

⁹ Karl Dietrich Erdmann, *Die Zeit der Weltkriege, 2. Teilband: Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933 - 1939. Der Zweite Weltkrieg. Das Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Öster- reich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik* (= Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, 9. Aufl., Hg. Herbert Grundmann, Bd. 4), Stuttgart 1976, S. 808f.

verbrecherischen Regime, dem Nationalsozialismus“.¹⁰

Die Ostverträge blieben in der Bundesrepublik bis zuletzt innenpolitisch umstritten – der Grundlagenvertrag mit der DDR freilich noch sehr viel mehr als der Moskauer und der Warschauer Vertrag, die beide am 17. Mai 1972 mit breiter Mehrheit bei Stimmenthaltung der meisten Abgeordneten der CDU/CSU verabschiedet wurden. Die Ostverträge der Bundesrepublik waren die unabdingbare Voraussetzung dafür, daß 1975 nach zweijährigen Beratungen eine umfassende Vereinbarung von 35 Staaten Europas, der USA und Kanadas zustande kam: die Helsinki-Schlußakte, das Abschlußdokument der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Schlußakte erkannte die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Unterzeichnerstaaten an. Für die Sowjetunion bedeutete das die Anerkennung ihrer Vormachtstellung im östlichen Europa durch den Westen. Der Westen hatte der Sowjetunion jedoch Aussagen über die Achtung von Grundrechten und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Religions- und Überzeugungsfreiheit sowie Bestimmungen über menschliche Kontakte und verbesserten Informationsaustausch abgerungen. Das war der Preis, den das „sozialistische Lager“ für die Verständigung mit dem Westen zahlen mußte.

Die Schlußakte von 1975 gab den Bürgerrechtsbewegungen in den Staaten des Warschauer Pakts Auftrieb: Das kann man feststellen, ohne Helsinki zur alleinigen Ursache der Entwicklungen zu erklären, die im folgenden Jahrzehnt Europa und die Welt radikal verändern sollten. In Polen erwies sich ein anderer Faktor als mindestens ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger: die Wahl des Kardinals von Krakau, Karol Wojtyła, zum Papst im Oktober 1978. Aus dem Abstand eines Vierteljahrhunderts erscheint es nicht als Übertreibung, das Pontifikat Johannes Paul II. um seiner weltlichen Wirkungen willen als eine „Papstrevolution“, genauer: als die zweite Papstrevolution der Geschichte, zu bezeichnen.

Eine „Papstrevolution“ hat 1931 der deutsch-jüdische Universalgelehrte Eugen Rosenstock-Huussy, damals Professor an der Universität Breslau, in seinem Buch „Die europäischen Revolutionen. Volkscharaktere und Staatenbildung“ den Kampf von Papst Gregor VII. gegen den Kaiser und die Könige seiner Zeit genannt. Im „Dictatus Papae“ von 1075, Rosenstock-Huussy zufolge das Manifest der „Papstrevolution“, hatte Gregor das Recht für sich beansprucht, weltliche Herrscher

¹⁰ *Texte zur Deutschlandpolitik 6 (1979/71), S. 263 - 265.*

abzusetzen.¹¹ Das tat Johannes Paul II. nicht. Aber als er im Juni 1979 erstmals wieder in sein Heimatland kam, führte er der kommunistischen Staatsgewalt doch vor Augen, daß er im immer noch katholischen Polen einen breiteren Rückhalt hatte als sie. Die zweite „Papstrevolution“ war, kirchlich gesehen, eine konservative Revolution. Ihre weltlichen Wirkungen aber waren freiheitlich. Sie trugen, weit über Polen hinaus, entscheidend zur Aushöhlung der kommunistischen Herrschaft und schließlich zu ihrem Zusammenbruch bei.

Die Gründung der „Unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc“ im September 1980 und ihre offizielle Registrierung im Monat darauf wären ohne den Papstbesuch des Vorjahres gar nicht zu erklären. Eine parteiunabhängige Gewerkschaft in einem kommunistischen Staat war ein Widerspruch in sich selbst. Lenin hatte in den Gewerkschaften „Transmissionsriemen“ zwischen der kommunistischen Partei und den Arbeitermassen gesehen, ihnen also nur die Rolle eines Machtinstruments der Partei zuerkannt. Die Danziger 21 Forderungen vom 18. August 1980, die Keimzelle der „Solidarnosc“, waren mithin eine Kampfansage an jenen „demokratischen Zentralismus“, an dem sich, entsprechend den 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale vom 6. August 1920, kommunistische Parteien auszurichten hatten. Die Komintern war zwar im Mai 1943 formell aufgelöst worden, der „demokratische Zentralismus“ aber bestand fort und mit ihm das Dogma von der Parteiabhängigkeit der Gewerkschaften. Was sich in Polen im Sommer 1980 abspielte, hatte folglich revolutionäre (oder aus der Sicht orthodoxer „Marxisten-Leninisten“ konterrevolutionäre) Qualität.

Der Zustand der „Doppelherrschaft“, in den Polen damals eintrat, konnte nicht von Dauer sein. Der Widerspruch zwischen dem freiheitlichen Charakter der neuen Gewerkschaft und dem diktatorischen Charakter der Staatsgewalt drängte auf eine Lösung. Die „Machtfrage“ mußte früher oder später geklärt werden. Wie die Sowjetunion sich gegenüber der polnischen Krise verhalten würde, war 1980 noch offen.

In der Bundesrepublik Deutschland lösten die politischen Ereignisse der frühen achtziger Jahre ein widersprüchliches Echo aus. Der Freiheitsdrang der Polen stieß zunächst auf breite Sympathie, in die sich allerdings bei manchen Sozialdemokraten von Anfang an ein gewisses Unbehagen mischte: Die neue unabhängige Gewerkschaft war nicht links und sozialistisch, sondern national und katholisch – also ganz anders, als man sich eine „fortschrittliche“ Arbeiterbewe-

¹¹ *Eugen Rosenstock-Huussy, Die europäischen Revolutionen. Volkscharaktere und Staatenbildung, Jena 1931.*

gung vorstellte. In der DDR wirkten mehr als in der Bundesrepublik alte Vorurteile gegenüber den Polen nach: Die Streiks im Nachbarland wurden vielfach als Ausdruck von mangelnder Disziplin, ja Arbeitsunlust bewertet. Regime und Bevölkerung waren sich in *diesem* Punkt offenbar weithin einig.

Je mehr sich die neuere Krise in Polen zuspitzte, desto stärker wuchs bei den Deutschen beider Staaten die Angst vor den internationalen Folgen von Chaos und Bürgerkrieg in Polen. Wenn Polen unregierbar wurde und die Sowjetunion, zusammen mit den anderen Staaten des Warschauer Pakts, in ähnlicher Weise intervenierte wie 1968 in der Tschechoslowakei, mußte das dramatische Auswirkung auf das Verhältnis zwischen Ost und West haben. Im Februar 1980, zwei Monate nach dem Einmarsch sowjetischer Divisionen in Afghanistan, hatten der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing und der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt in einer gemeinsamen Erklärung gewarnt, einem „zweiten Schlag gleicher Art“ würde die Entspannung nicht standhalten.¹² Ein militärisches Eingreifen der Sowjetunion in Polen wäre ein solcher „zweiter Schlag“ gewesen, und für kein europäisches Land außer Polen selbst hätte der Abbruch der Entspannungspolitik so abträgliche Wirkungen gehabt wie für das geteilte Deutschland. Schließlich hatten die Bundesrepublik und die DDR erst durch diese Politik zu einer Art von „modus vivendi“, zu einer begrenzten Zusammenarbeit im Zeichen „menschlicher Erleichterungen“, gefunden.

Die Verhängung des Kriegsrechts durch den polnischen Partei- und Regierungschef Jaruzelski am 13. Dezember 1981 wurde in der Bundesrepublik mit einer Mischung aus Erschrecken und Erleichterung aufgenommen – mit Erschrecken, weil die Folgen noch nicht absehbar waren, mit Erleichterung, weil eine innenpolnische Krisenlösung als das, verglichen mit einer militärischen Intervention der Sowjetunion, bei weitem kleinere Übel erschien. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt, der sich zu diesem Zeitpunkt zu Gesprächen mit dem Generalsekretär der SED und Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Schorfheide nördlich von Berlin aufhielt, erklärte noch am 13. Dezember 1981 in einem Fernsehinterview: „Herr Honecker ist genauso bestürzt gewesen wie ich, daß das nun notwendig war.“¹³ Schmidts Selbstkorrektur ließ nicht lange auf sich warten: Vor dem Bundestag bekundete er am 18. Dezember seine Sympathie mit den polnischen Arbeitern und forderte die schnelle Aufhebung des Kriegsrechts.

¹² Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen. Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2002:5.

¹³ *Ebd.*, S. 383 f.

Einige Wochen zuvor, Ende Oktober und Anfang November 1981, hatte Egon Bahr, der eigentliche Architekt der sozialdemokratischen Ostpolitik, zwei Interviewpartnern des Rowohlt-Verlages Rede und Antwort gestanden, die seine Ansichten zur Lage Deutschlands und der Welt in einem Buch bündeln wollten. Er entwickelte dabei seine Vorstellungen von der Notwendigkeit einer „gemeinsamen Sicherheit“ – eines Denkens, von dem die Sowjetunion und die DDR noch genauso weit entfernt seien wie die USA und die Bundesrepublik. Bahr aber war überzeugt, daß „es nur gemeinsame Sicherheit gibt...“, gemeinsam mit dem Gegner, gemeinsam in den Bündnissen, gemeinsam mit den jeweiligen Führungsschichten. Wir können Sicherheit nicht mehr isoliert für den Einzelnen bekommen. Wir kriegen sie nur gemeinsam. Auf unsere Situation übertragen: ich erlange Sicherheit als Bundesrepublik nur noch zusammen mit der DDR. Denn sonst wäre auch das eine Lösung der deutschen Frage: im Untergang wären wir vereint.“

Die beiden Gesprächspartner deuteten Bahrs Feststellung so, daß nach seiner Meinung das Recht Polens „auf eine selbstbestimmte geschichtliche Zukunft“ notfalls dieser Vorstellung und dieser Art von Sicherheit geopfert werden muß und sollte die Mitgliedschaft Polens im Warschauer Pakt in Frage gestellt werden – eine solche Entwicklung im Interesse der Stabilität, für die Sie plädieren, gewaltsam abgeschnitten werden könnte, ja müßte.“

Bahr bestätigte die Schlußfolgerung. „Aber selbstverständlich. Wir haben vorhin definiert, daß die Selbstbestimmung der Nation der Erhaltung des Friedens untergeordnet sein muß. Das gilt dann auch für die Polen. Auch die nationalen Ambitionen der Polen müssen dem Interesse der Erhaltung des Friedens untergeordnet sein. Ich verlange dies von der Bundesrepublik, ich kann dies auch von Amerika verlangen. Nur unterhalb dieses obersten Ziels sollten die Nationen, die Staaten, die Möglichkeit ihrer eigenen Entfaltung bekommen, aber das sollen die dann auch.“¹⁴ Als das sicherheitspolitische Credo Bahrs im März 1982 gedruckt erschien, herrschte in Polen bereits seit einem Vierteljahr Kriegsrecht. Nicht die Sowjetunion hatte in Polen interveniert, sondern ein polnischer Partei- und Regierungschef, der zugleich General war, hatte in Absprache mit Moskau eine Entwicklung gewaltsam abgeschnitten, die den Vertretern einer harten Linie, darunter Honecker, als Bedrohung für die Gesamtheit der Staaten des Warschauer Paktes erschienen war.

¹⁴ Egon Bahr, *Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten*, Reinbek 1982, S. 22f.

Was Bahr vortrug, waren nicht nur seine persönlichen Ansichten. Andere Sozialdemokraten dachten ähnlich. Günter Gaus, bis Anfang 1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, schrieb im Januar 1982 in der „Zeit“, die Anerkennung des europäischen Status quo sei „die notwendige Absage an einen Verbalradikalismus, der ein lebensgefährliches Tempo der Veränderungen und eine Art des Wandels gutheißt, die auf die Niederlage der anderen Seite abzielen. Westeuropa braucht zum Überleben ein stabiles Osteuropa – und umgekehrt.“¹⁵

Mitunter verwiesen Sozialdemokraten auch auf die Verbrechen des Nationalsozialismus, um zu begründen, warum ihr Protest gegen das Kriegsrecht und die Internierung von Gewerkschaftlern und Intellektuellen nur verhalten ausfiel. Als Willy Brandt, der Vorsitzende der SPD, im Februar 1982 in einem Interview mit der „Zeit“ auf französische Kritik an seiner milden Beurteilung des polnischen Kriegsrechts angesprochen wurde, rechtfertigte er sich mit den Worten: „Es ist ja kein Zufall, daß ein Deutscher zurückhaltender ist, wenn von Lagern in Polen die Rede ist. Denn wenn er davon spräche, würde er sofort die Frage herausfordern, was es sonst schon an Lagern in Polen gegeben hat. Die Befangenheit, diese aus der Vergangenheit her rührende besondere Betroffenheit, ist für die Franzosen kein Problem.“¹⁶

Die sozialliberale Ostpolitik der siebziger Jahre hatte Friedenssicherung in Europa und menschliche Erleichterungen, vor allem im geteilten Deutschland, angestrebt. In der Helsinki-Schlussakte von 1975 war der Achtung der Menschenrechte ein ähnlich hoher Rang wie der Unverletzlichkeit der Grenzen eingeräumt worden. In den achtziger Jahren trat für die deutsche Sozialdemokratie der schrittweise Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf in den Vordergrund und das Engagement für die Menschenrechte in den Hintergrund. Die „zweite Phase der Ostpolitik“, von der der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt im Januar 1980 als erster sprach, stand im Zeichen der Parole „gemeinsame Sicherheit“.¹⁷

Das war eine notwendige rüstungspolitische Zielsetzung, reichte aber als außenpolitische Zielbeschreibung nicht aus. Freiheitsbestrebungen in den Staaten des

¹⁵ Günter Gaus, Polen und die westliche Allianz oder Ein Plädoyer für die Entspannungspolitik, in: Heinrich Böll u.a. (Hg.), Verantwortlich für Polen?, Reinbek 1982, S. 109 - 118 (ursprünglich in: Die Zeit, 22.1.1982).

¹⁶ Entspannungspolitik ohne Kaltschnauzigkeit (Interview mit Willy Brandt), in: Die Zeit, 5.2.1982.

¹⁷ Karsten Voigt, Schrittweiser Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf. Nach dem Berliner Parteitag der SPD, in: Die Neue Gesellschaft 27 (1980), S. 47 - 51.

Warschauer Paktes waren in der sozialdemokratischen Sicherheitsplanung nicht vorgesehen und wurden daher überwiegend als Störfaktoren wahrgenommen. Die sozialdemokratische Ostpolitik der achtziger Jahre erinnerte manche Beobachter an die Stabilitätspolitik des österreichischen Staatskanzlers Metternich in der Zeit von Restauration und Vormärz.¹⁸ Europäische Ordnungspolitik im deutschen Interesse: auf diese Formel läßt sich bringen, was Egon Bahr, dem sozialdemokratischen Vordenker in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, vorschwebte. Die Sicherheitsverträge, die die SPD nach dem Machtverlust von 1982 mit regierenden kommunistischen Parteien aushandelte, waren nicht nur ein Fall von „Nebenaußenpolitik“ in Konkurrenz zur offiziellen. Sie bezugeten auch fehlenden Realitätssinn und mangelnde Sensibilität für Werte, zu denen sich die SPD seit ihren Anfängen bekannt hatte.

Daß die polnische Freiheitsbewegung die Zeit des Kriegsrechts überlebte, war in erster Linie eine Folge ihrer Ausdauer und Beharrlichkeit. Seit 1985 kam ihr der politische Umschwung in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow zugute. Polen war unter den europäischen Verbündeten der Sowjetunion der erste, der im Epochenjahr 1989 die kommunistische Parteidiktatur überwand. Zu einer Zeit, als in der Bundesrepublik kaum noch jemand an eine Wiedervereinigung glaubte, sprachen sich polnische Intellektuelle wie Bronislaw Geremek und Adam Michnik für die deutsche Einheit aus. Erst nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 setzte sich auch im Westen Deutschlands allmählich die Einsicht durch, daß ein Zusammenschluß beider deutscher Staaten schon bald in den Bereich des politisch Möglichen, vielleicht sogar des Notwendigen rücken könnte.

Eine Voraussetzung dieses Zusammenschlusses war, daran konnte es für Realisten keinen Zweifel geben, die endgültige, völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Bundeskanzler Helmut Kohl, der sehr viel früher als die meisten Sozialdemokraten die Chance der Wiedervereinigung erkannt hatte und seine Politik an diesem Ziel ausrichtete, gab sich darüber keinen Illusionen hin. Aus innenpolitischen Gründen, nämlich Rücksicht auf die Heimatvertriebenen unter den Wählern der Unionsparteien, wollte er sich aber erst so spät wie möglich zur Endgültigkeit der deutschen Ostgrenze von 1945 bekennen. An dieser Linie hielt er trotz des Drängens der westlichen Verbündeten, des liberalen

¹⁸ Heinrich August Winkler, Wohin treibt die SPD? Die Bundesrepublik braucht eine regierungsfähige Opposition, in: Die Zeit, 11.11.1983.



Außenministers Hans-Dietrich Genscher und der oppositionellen Sozialdemokraten und Grünen bis weit in das Jahr 1990 hinein fest.

Erst am 8. März 1990, zehn Tage vor der ersten und letzten freien Volkskammerwahl in der DDR, verabschiedete der Bundestag einen Antrag, der sich für eine gleichlautende Entschließung beider deutscher Parlamente zur deutsch-polnischen Grenze aussprach. Darin sollte dem polnischen Volk versichert werden, „daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird“. In diesem Sinne sollte nach der Herstellung der deutschen Einheit die Grenzfrage in einem Vertrag zwischen der gesamtdeutschen Regierung und der polnischen Regierung geregelt werden.¹⁹

Am 21. Juni 1990 verabschiedeten Bundestag und Volkskammer die entsprechenden gleichlautenden Entschließungen. Auf der Ebene der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen verständigten sich beide deutschen Staaten mit den vier Mächten, die „Verantwortung für Deutschland als Ganzes“ trugen, und Polen am 17. Juli 1990 in Paris darauf, daß der deutsch-polnische Grenzvertrag innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung Deutschlands und der Wiederherstellung seiner Souveränität unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden sollte. Seine Souveränität erlangte Deutschland am 3. Oktober 1990, dem Tag der Wiedervereinigung, zurück. Sechs Wochen später, am 14. November 1990, unterzeichneten die beiden Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski in Warschau den Grenzvertrag. Er sollte zusammen mit dem Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit ratifiziert werden. Dies geschah am 17. Oktober 1991 durch den Bundestag, tags darauf durch den Sejm.

Der 3. Oktober 1990 markiert die Lösung von zwei Jahrhundertfragen: der deutschen und der polnischen Frage. Seit dem Tag der Wiedervereinigung ist definitiv geklärt, wo Deutschland liegt, wo seine Grenzen verlaufen, was dazu gehört und was nicht. Die völkerrechtliche Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße durch Deutschland war eine der Voraussetzungen seiner Wiedervereinigung. Eben darum bedeutet der 3. Oktober 1990 auch die endgültige Lösung der polnischen Frage. Widerstand gegen die Festschreibung der Grenzen von 1945 gab es zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung nicht mehr. Die über vier Jahrzehnte der deutschen Teilung hatten die Einsicht gefördert, daß der

Verzicht auf die Ostgebiete des Deutschen Reiches unabdingbar war, um wiedervereinigen zu können, was vom Deutschen Reich noch übrig war. War also die Teilung Deutschlands notwendig, um dieser Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen? Es fällt nicht leicht, diese Frage zu bejahen. Doch es spricht alles dafür, daß dem so war.

Die Teilung Polens hatte sehr viel länger gedauert als die Teilung Deutschlands. Zwei deutsche Großmächte, Österreich und Preußen, waren Betreiber und Nutznießer der polnischen Teilung gewesen. Preußens Aufstieg zur Großmacht war aufs engste mit dem Niedergang Polens verknüpft. Die formelle Auflösung des Staates Preußen durch den Alliierten Kontrollrat im Februar 1947 erfolgte zu einem Zeitpunkt, als es das von Bismarck gegründete Deutsche Reich schon nicht mehr gab. Das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen war belastet seit der Zeit, in der Polen geteilt wurde, also seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Es wurde nicht besser in der Zeit, in der es wieder einen polnischen Nationalstaat gab, also seit 1918. Dieser Staat galt in der Weimarer Republik weithin als illegitim. Bestrebungen, diesen Staat auszulöschen, gab es auf deutscher Seite schon, bevor Hitler an die Macht kam. Unter dem deutschen Nationalsozialismus hat kein europäisches Land so sehr gelitten wie Polen. Vertreibungen sind immer ein Unrecht, auch die Vertreibung von Deutschen im Jahre 1945 und danach. Aber wer von diesen Vertreibungen spricht, darf von ihrer Vorgeschichte nicht schweigen.

In Deutschland hat sich, wenn auch erst lange nach 1945, die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Teilung des Landes ihre tiefere Ursache in deutscher Politik und deutscher Schuld hatte. Diese Einsicht war notwendig, um einem neuen deutschen Nationalismus entgegenzuwirken. Mitunter nahm die richtige Erkenntnis freilich auch Züge einer säkularisierten Geschichtsphilosophie an. Sie mündete dann in die Folgerung: Wegen der Verbrechen, die Deutsche im Namen Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs begangen hatten, sollte Deutschland für immer geteilt bleiben.

Die Teilung Deutschlands als Sühne für Auschwitz: das war eine innerhalb der deutschen Linken und unter deutschen Protestanten, in der Bundesrepublik wie in der DDR, weitverbreitete Überzeugung. Willy Brandt hat ihr, während die „friedliche Revolution“ in der DDR noch in vollem Gang war, mehrfach entschieden widersprochen. So erklärte er am 18. Dezember 1989, seinem 76. Geburtstag, auf dem Berliner Parteitag der SPD: „Noch so schwere Schuld einer Nation kann nicht

¹⁹ Archiv der Gegenwart 60 (1990), S. 34305f.

durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden.²⁰ Die deutsche Teilung ist inzwischen überwunden, aber die deutsche Schuld ist nicht getilgt. Eine solche Schuld läßt sich nicht tilgen. Sie ist ein Teil der Geschichte, der sich die Deutschen stellen müssen, wenn sie in der Gegenwart verantwortlich handeln wollen.

Ohne die Selbstbefreiung Polens keine Wiedervereinigung Deutschlands: auch in diesem Sinn gibt es einen Zusammenhang zwischen der Lösung der deutschen und der polnischen Frage. Der Freiheitskampf der Polen, der schließlich 1989 zum Erfolg führte, war der Beginn der „friedlichen Revolution“, die im Herbst jenes Jahres auch die DDR erreichte und im Herbst 1990 in der Vereinigung beider deutscher Staaten ihren Abschluß fand. Die Deutschen haben also allen Grund, den Polen dankbar zu sein. Mit dem 3. Oktober 1990 hat ein neues Kapitel in der Geschichte des Verhältnisses von Deutschen und Polen begonnen. Der Neuanfang ist nicht nur für diese beiden Nationen wichtig, sondern auch für das Projekt, dem beide verpflichtet sind: die Vollendung des europäischen Einigungswerkes.

²⁰ Willy Brandt, „...was zusammengehört“. Über Deutschland, Bonn 1993; S. 62.

Dr. Krzysztof Ruchniewicz
amt. Direktor des Willy-Brandt-Zentrums
für Deutschland- und Europastudien

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Im Namen des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien an der Universität Breslau, das Mitveranstalter der heutigen Vorlesung ist, möchte ich zum Abschluss unserer Begegnung ein paar Sätze sagen.

Diese Begegnung, wie auch die geplanten alljährlichen, dem Gedenken Willy Brandts gewidmeten Vorlesungen, sind das Resultat der Zusammenarbeit unseres Zentrums mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ich hoffe, dies wird den Beginn eines erfolgreichen Zusammenwirkens unserer Institution mit dieser und anderen Stiftungen sowie wissenschaftlichen Institutionen aus Deutschland bilden. Ich möchte daran erinnern, dass unser Zentrum ebenfalls dank der polnisch-deutschen Zusammenarbeit entstand, wurde es doch von der Universität Breslau und dem DAAD ins Leben gerufen.

Ich möchte unserem heutigen Redner, Professor Heinrich Winkler, herzlich dafür danken, dass er uns seine Vision vom Platz und von der Rolle des deutschen und polnischen Problems in der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts nähergebracht hat. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts fanden diese beiden Probleme endlich ihre Lösung. Die Vereinigung Deutschlands, die Wiedererlangung der Souveränität durch Polen und der Aufbau der Demokratie in unserem Land sowie die voranschreitende europäische Integration haben bewirkt, dass diese beiden Probleme, die wiederholt die Ursache von Konflikten waren, bereits der Vergangenheit angehören. Sie bilden nun den Gegenstand historischer Forschungen und sind kein Objekt der gegenwärtigen Politik. Grosse Verdienste in dieser Beziehung hat ebenfalls der Schirmherr unseres Zentrums, der damalige Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Willy Brandt, vorzuweisen. Einen großen Umbruch in den Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas leitete der Prozess der Verständigung und Versöhnung, auch zwischen Deutschen und Polen, ein, der unsere Beziehungen radikal änderte. „Sein Verlangen, endlich in sicheren Grenzen zu leben und kein *Staat auf Rädern* sein zu wollen, hat unser Verständnis – sagte Brandt Ende der sechziger Jahre über Polen. – Eine Aussöhnung mit ihm

ist uns moralische und politische Pflicht. Zu dieser Aussöhnung gehört nicht nur, dass jeder Gedanke an Gewalt aus diesen Bemühungen verbannt werden muss, dazu gehört auch, dass kein Keim für künftigen Zwist gelegt werden darf". Diese Worte können wir als eine Art Testament dieses Politikers ansehen, der für sein Werk mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Wir wollen ebenfalls, dass unser Zentrum durch seine der Vergangenheit Deutschlands und den polnisch-deutschen Beziehungen gewidmete Arbeiten sowie durch die Gegenwartsforschungen einen Beitrag zum Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschen und Polen leistet. Wir hoffen, dass die Absolventen unserer postgradualen und Doktorandenstudien, die wir in diesem Jahr eröffnen, bereits in ein paar Jahren aktiv in dieser Richtung tätig sein werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vorlesung unseres Gastes war so reich an unterschiedlichen Gedankengängen sowie Anregungen zu Gesprächen und Überlegungen, dass die kurze Diskussion, die wir soeben abgehalten haben, die Themen nicht erschöpft. Ich hoffe, dass wir darüber in ein paar Augenblicken, unter weniger offiziellen Bedingungen, diskutieren werden.

Vielen dank für Ihr Kommen und Ihre Aufmerksamkeit.

Deutsch von Krystyna Jedlińska



prof. Heinrich August Winkler / Prof. Heinrich August Winkler



Od lewej: Frank Hantke, Fundacja im. Friedricha Eberta, dr Michael Fleischer, Centrum Willy Brandta, prof. Dieter Dowe i Hermann Bünz, Fundacja im. Friedricha Eberta, dr Maciej Łagiewski, dyrektor Muzeum Miejskiego Wrocławia

Von links: Frank Hantke, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Michael Fleischer, Willy-Brandt-Zentrum, Prof. Dieter Dowe und Hermann Bünz, Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Maciej Łagiewski, Direktor des Städtischen Museums Breslau



prof. Krystyna Gabryjelska, prorektor Uniwersytetu Wrocławskiego

Prof. Krystyna Gabryjelska, Prorektorin der Universität Breslau


Wykład ku czci Willy Brandta 2002

Polskie wyzwolenie niemieckie zjednoczenie

**Trudna droga do rozwiązania
dwóch kwestii stulecia**

Heinrich August Winkler

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
PRZEDSTAWICIELSTWO W POLSCE

 **centrum im. willy brandta**
willy.brandt.centrum

Wydawca: Fundacja im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce

Nieodpłatna dystrybucja:
Fundacja im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce
ul. Podwale 11, PL 00-252 Warszawa

© 2002 Fundacja im. Friedricha Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce
ul. Podwale 11, 00-252 Warszawa

Projekt serii i opracowanie graficzne: Janusz Pilecki
Foto: Archiwum Fundacji im. Friedricha Eberta, Tomasz Walków/AG
Druk: WEJM

Wszelkie prawa zastrzeżone

Printed in Poland 2002

ISBN 83-86088-65-6

Spis treści

5. Powitanie
Holger Börner, Przewodniczący Fundacji im. Friedricha Eberta
8. Powitanie
prof. dr Krystyna Gabryjelska, Prorektor Uniwersytetu Wrocławskiego
10. Wykład
prof. dr Heinrich August Winkler, Uniwersytet im. Humboldta w Berlinie
22. Słowo kończące
dr Krzysztof Ruchniewicz, p.o. Dyrektora Centrum Studiów Niemieckich
i Europejskich im. Willy Brandta

Przemówienie powitalne
Holgera Börnera, byłego premiera Hesji,
przewodniczącego Fundacji im. Friedricha Eberta,

z okazji wykładu
prof. dr Heinricha Augusta Winklera
inaugurującego cykl wykładów Fundacji im. Friedricha Eberta
ku czci Willy Brandta
w Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta
Uniwersytetu Wrocławskiego

11 października 2002

Magnificencjo!

Wielce szanowni Przedstawiciele Uniwersytetu Wrocławskiego!

Drogi Panie Profesorze, droga Pani Winkler!

Szanowni Państwo!

Upadek muru berlińskiego Willy Brandt skomentował następującymi słowami:
„Ponownie zrasta się to, co stanowi nierozzerwalną całość”. Słowa te utkwiły w pamięci wielu ludzi, podobnie jak symboliczne uklęknięcie Brandta przed pomnikiem Bohaterów Getta w Warszawie w roku 1970.

Większość ludzi odnosi wypowiedziane przez Brandta słowa wyłącznie do podzielenych Niemiec. Willy Brandt miał jednak na myśli szerszy aspekt, dodając: „Dotyczy to całej Europy”.

Temu celowi służyła jego Nowa Polityka Wschodnia, która wniosła istotny wkład w dokonujące się obecnie zjednoczenie Europy. Czujemy się zobowiązani do kontynuowania jego dzieła.

Dlatego z zadowoleniem witamy utworzenie Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta przy Uniwersytecie Wrocławskim. Centrum to powinno przyczynić się do ugruntowania w społeczeństwach idei szeroko rozumianej integracji europejskiej, wykraczającej poza ramy współpracy między państwowej. Jest to nieodzowne, ponieważ bez poparcia społecznego działalność rządów poszczególnych państw będzie bezowocna.

Przemawiam dzisiaj do Państwa jako przewodniczący Fundacji im. Friedricha Eberta, z którą Willy Brandt jako jej członek był szczególnie blisko związany. Podobnie jak on uważamy szerzenie idei społecznej demokracji za nasz obowiązek.

Fundacja im. Friedricha Eberta współpracuje z polskimi partnerami, podobnie jak w wielu innych krajach Europy i świata, już od początku lat 70-tych, początkowo poprzez osobiste kontakty, a następnie za pośrednictwem utworzonego w Warszawie przedstawicielstwa.

A oto jak tę wieloletnią współpracę ocenia były stypendysta Fundacji, prof. Leszek Balcerowicz, w liście gratulacyjnym z okazji 70-lecia istnienia naszej instytucji: *„Zaangażowanie Fundacji im. Friedricha Eberta w Polsce było znane wielu moim rodakom jeszcze przed przełomowym rokiem 1989. Wspierała ona wszystkie procesy prowadzące w efekcie do rewolucji w Europie Wschodniej. (...) Już wtedy celem Fundacji było uzyskanie przyzwolenia szerokich kręgów społecznych na nowe reformy, przyzwolenia, które nie stanowiłoby przedmiotu rozgrywek politycznych.”*

Działalność nowo utworzonego Centrum im. Willy Brandta chcielibyśmy wesprzeć w dwojaki sposób:

– Po pierwsze przekazujemy Centrum wystawę pt. „Willy Brandt a Polska. O pokój w warunkach wolności i sprawiedliwości społecznej”. Już od dwóch lat jest ona prezentowana w wielu miastach Polski i cieszy się – jak słyszałem – dużym powodzeniem. Wystawa, będąca bogatym źródłem informacji o zaangażowaniu Brandta w sprawę Polski, ma stanowić stałą ekspozycję Centrum. W związku z wystawą został wydany katalog w języku polskim, zawierający wszystkie prezentowane na niej zdjęcia wraz z podpisami.

– Poza tym każdego roku z okazji obchodów rocznicy śmierci Willy Brandta, 8 października Fundacja będzie przygotowywać wykłady poświęcone jego pamięci,

kórych teksty zostaną opublikowane w języku polskim i niemieckim w formie zeszytów. Tematy wykładów będą dotyczyć stosunków polsko-niemieckich w aspekcie europejskim.

O ogłoszenie dzisiejszego wykładu, inauguracyjnego ten cykl, poprosiliśmy wybitnego historyka, prof. dr Heinricha Augusta Winklera z Uniwersytetu Humboldta w Berlinie.

Profesor Winkler ma na swym koncie wiele znanych prac dotyczących historii XIX i XX wieku, między innymi wielokrotnie wyróżnioną dwutomową historię Niemiec do czasów współczesnych, która traktuje o drodze Niemiec do kręgu zachodnich demokracji.

Profesor Winkler jest nie tylko wybitnym uczonym, lecz również aktywnie działającym politykiem akademickim i wpływowym publicystą politycznym.

Od lat 80-tych utrzymywał ożywione kontakty z opozycyjnymi intelektualistami w Polsce. Zaopatrywał ich w materiały publicystyczne, szczególnie w okresie stanu wojennego, oraz internwieniował w sprawie internowanych doradców „Solidarności”. Poza tym wykorzystywał swoje wpływy wśród niemieckich polityków, by prowadzili rozmowy nie tylko z przywództwem partii i państwa, ale także z przedstawicielami ruchu obrony praw obywatelskich.

Za działalność w dziedzinie nauki i polityki prof. Winkler został odznaczony Krzyżem Zasługi z Wstęgą Republiki Federalnej Niemiec. Również Polska przyznała mu w listopadzie 2000 roku Krzyż Oficerski Orderu Zasługi.

Prof. Winkler wygłosi w dniu dzisiejszym wykład p.t. „Polskie wyzwolenie, niemieckie zjednoczenie. Trudna droga do rozwiązania dwóch kwestii stulecia”, którego temat jest równie ważny dla Polski jak i Niemiec.

Cieszymy się na jego prezentację.

Przemówienie powitalne
prof. Krystyny Gabryjelskiej,
Prorektor Uniwersytetu Wrocławskiego

Szanowni Państwo!

Mam zaszczyt powitać Państwa na wykładzie znakomitego niemieckiego historyka prof. Heinricha Augusta Winklera, świetnego znawcy historii Niemiec i Europy w XIX i XX w. Organizatorami tego wystąpienia są Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta na Uniwersytecie Wrocławskim oraz Fundacja Eberta, Przedstawicielstwo w Polsce.

Spotkanie, na które Państwo tak licznie przybyli, jest również inauguracją roku akademickiego dla pierwszych studentów, którzy podejmują właśnie naukę w ramach dwuletniego studium podyplomowego, prowadzonego przez Centrum im. Willy Brandta. Pragnę zatem serdecznie powitać również te osoby i życzyć im powodzenia w czasie studiów. Zgodnie z profilem Centrum studia mają służyć kształceniu młodych kadr potrzebnych Polsce intensywnie włączającej się w obieg naukowy i gospodarczy Europy. Studia podyplomowe jak i studia doktoranckie, nad uruchomieniem których prace jeszcze trwają, mają mieć charakter interdyscyplinarny. Centrum składa się bowiem z sześciu katedr: prawa, ekonomii, politologii, kulturoznawstwa, germanistyki i historii, które mają z sobą ściśle współpracować tak w badaniach jak i dydaktyce. Duży nacisk w programie studiów położono na poznawanie historii i współczesności naszego zachodniego sąsiada. Studenci zgłębiać będą dzieje Niemiec w XX w., system polityczny i prawny tego państwa, jego politykę wewnętrzną i zagraniczną, funkcjonowanie społeczeństwa, kulturę niemiecką i jej wybitne osiągnięcia.

Niemcy są naszym najważniejszym partnerem w Europie. Myślę, że o potrzebie kształcenia młodych Polaków, znających ten kraj i rządzące w nich mechanizmy, tak by nasza współpraca była coraz lepsza, nie trzeba nikogo przekonywać. Zajęcia w Centrum prowadzone będą przez jego pracowników, którzy rekrutują się z kadry naszego Uniwersytetu. Dali się oni już poznać jako twórczy i pracowici

badacze, szanowani wykładowcy. W Centrum gościnnie wykladać będą również wybitni naukowcy z Niemiec i innych krajów zachodnich. Planuje się także wyjazdy studyjne i staże dla studentów. Centrum chce bowiem oprócz wiedzy teoretycznej zaopatrzyć ich w maksimum wiedzy praktycznej, tak by stali się fachowcami poszukiwanymi na rynku pracy. Władze Uniwersytetu, Rada Naukowa opiekująca się Centrum, jak i oczywiście jego Dyrekcja i pracownicy chcieliby także, aby prace badawcze prowadzone w Centrum wnosily znaczny wkład do poszerzania stanu wiedzy oraz w jak największym stopniu były przydatne w codziennej praktyce sąsiedztwa polsko-niemieckiego w jednoczącej się Europie. Z tego też powodu chcemy możliwie szybko otworzyć trzyletnie studia doktoranckie, na których zajmowano by się różnymi ważnymi problemami z zakresu niemoznawstwa i europeistyki.

Mamy nadzieję, że już w najbliższym czasie Centrum, które dopiero rozpoczyna działalność, stanie się znaną placówką, dobrze postrzeganą w kraju jak i za granicą. Bez wątpienia swój udział w tym mieć będą pierwsi studenci Centrum, którzy w przyszłości – czego im serdecznie życzę – swoją fachowością i pracowitością świadczą będą o wysokim poziomie nauczania we wrocławskim Centrum im. Willy Brandta.

A teraz chciałabym Państwa zaprosić do wysłuchania wystąpienia Profesora Winklera. Wspomnę tylko na koniec, że już niedługo będziemy mieli możliwość poznania innych wybitnych osób ze świata nauki, polityki i gospodarki Niemiec i Polski. Centrum chce bowiem organizować cykliczne wykłady poświęcone pamięci swego patrona, kanclerza Niemiec Willy Brandta.

Heinrich August Winkler

Polskie wyzwolenie, niemieckie zjednoczenie Trudna droga do rozwiązania dwóch kwestii stulecia

Dziesięć lat po zakończeniu II wojny światowej, w sierpniu 1955 roku Instytut Demoskopii w Allensbachu zadał reprezentatywnej grupie obywateli Republiki Federalnej Niemiec hipotetyczne pytanie: czy kanclerz Konrad Adenauer powinien przyjąć czy odrzucić ewentualną propozycję radziecką – ponowne zjednoczenie Niemiec i wolne wybory w zamian za ostateczną rezygnację ze Śląska, Pomorza i Prus Wschodnich? Za odrzuceniem opowiedziało się dwie trzecie respondentów (67 procent), za przyjęciem - tylko jedna dziesiąta (10 procent)¹.

Zjednoczenie w granicach z 1945 roku kojarzono zatem – bo tak to należy rozumieć – z wielkim zagrożeniem: radykalnym nacjonalizmem, który już kiedyś, po I wojnie światowej, przyczynił się do zniszczenia niemieckiej demokracji. W długotrwałym sporze o to, czy wiosną 1952 roku, po nocie Stalina w sprawie Niemiec z dnia 10 marca, istniała możliwość ponownego zjednoczenia państwa w pokoju i wolności, sondaże - jak ów przytoczony - nie odgrywały właściwie żadnej roli. Opinia publiczna w sprawie niemieckiej granicy wschodniej była jednak faktem politycznym o pierwszorzędym znaczeniu. W latach pięćdziesiątych Niemcy jeszcze nie dojrzały do tego, by się zjednoczyć w granicach z 1945 roku. Gdyby mocarstwa zachodnie nie miały dość innych, zarówno politycznych jak i militarnych powodów, aby odrzucić inicjatywę Stalina – sama obawa przed nacjonalizmem Niemiec połączonych w jedno neutralne państwo wystarczyłaby, by się do ponownego zjednoczenia odnieść negatywnie.

Wielka zmiana w sposobie myślenia zaszła w Republice Federalnej dopiero w następnej dekadzie. Zapoczątkował ją szok wywołany wydarzeniami z 13 sierpnia 1961 roku: budową muru berlińskiego, która podział Niemiec dosłownie scemen-

towała. „Polityka z pozycji siły”, prowadzona przez Adenauera, nie przybliżyła Niemców do zjednoczenia; od tej prawdy był już tylko krok do hasła, które Egon Bahr, szef Urzędu Prasy i Informacji Berlina Zachodniego i jeden z najbliższych współpracowników ówczesnego burmistrza Willy’ego Brandta, wysunął w przemówieniu wygłoszonym w Akademii Ewangelickiej w Tutzingu 16 lipca 1963 roku: „zmiana przez zbliżenie”. Uznać realia po to, by je zmienić - tą dewizą kierował się senat Berlina w swojej polityce „małych kroków”, która przyniosła efekty w postaci umów o przepustkach (*Passierscheinabkommen* – porozumienia w sprawie świątecznych przepustek do Berlina Wschodniego dla obywateli Berlina Zachodniego – przyp. tłum.) w latach 1963-1966.

Zmiana w sposobie myślenia, jaka nastąpiła w latach sześćdziesiątych, nie ograniczała się do stosunków między Berlinem Zachodnim a Wschodnim i między Republiką Federalną Niemiec a Niemiecką Republiką Demokratyczną. Pierwszego października 1965 roku Rada Kościoła Ewangelickiego w Niemczech ogłosiła memorandum swojej Izby Odpowiedzialności Publicznej, zatytułowane „Sytuacja wypędzonych a stosunek narodu niemieckiego do jego wschodnich sąsiadów”. Autorzy memorandum zwrócili się z apelem o skrupulatne zrewidowanie i sformułowanie na nowo podstaw niemieckiej *Ostpolitik* łącznie z kwestią przyszłej granicy wschodniej: „Uparte i jednostronne podkreślanie niemieckiego stanowiska prawnego” nie wystarczy; należy „w samym narodzie niemieckim i na zewnątrz stworzyć atmosferę umożliwiającą akt pojednania ze wschodnim sąsiadem także drogą pojedynczych kroków”. Piątego grudnia 1965 roku, jeszcze podczas II Soboru Watykańskiego w Rzymie, niemieccy biskupi katolicy w odpowiedzi na list biskupów polskich z 18 listopada również opowiedzieli się za wzajemnym wybaczeniem i podjęciem starań, by w duchu miłości chrześcijańskiej „wszystkie jednostronne skutki wojny przewyciężyć rozwiązaniem zadowalającym wszystkie strony i sprawiedliwym”².

Dwa lata później, w listopadzie 1967 roku sondaże po raz pierwszy wykazały, że z granicą na Odrze i Nysie gotowa jest się pogodzić względna większość (od 46 do 35%)³. Na zmianę opinii publicznej w latach sześćdziesiątych wpłynęło kilka czynników: skuteczna integracja osób wypędzonych ze społeczeństwem Republiki Federalnej, pokoleniowo uwarunkowane przemiany mentalności oraz odprężenie

¹ Egon Bahr, *Zu meiner Zeit*, München 1996, s. 152-153.

² *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, IV. Reihe, t. 11 (1965), s. 869-897 (cyt. s. 896).

³ Tamże, s. 973-976 (cyt. s. 775).

⁴ *Jahrbuch der Öffentlichen Meinung* 5 (1968-1973), S. 525.

¹ *Jahrbuch der öffentlichen Meinung* 3 (1958-1964), s. 323. Ze względu na esejystyczny charakter tego wykładu ograniczam się w przypisach do źródeł cytowań i danych liczbowych.

w polityce światowej, które nastąpiło wkrótce po przezwyciężeniu kryzysu kubańskiego w jesieni 1962 roku. Do połowy lat sześćdziesiątych partie w Republice Federalnej stały jeszcze zgodnie na stanowisku, że kwestię niemieckiej granicy wschodniej może definitywnie rozstrzygnąć dopiero traktat pokojowy, toteż wcześniejsze uznanie granicy na Odrze i Nysie, jakkolwiek miałyby mieć postać, nie wchodzi w rachubę. Socjaldemokraci nie stanowili pod tym względem wyjątku – jeszcze w listopadzie 1964 roku, dziewięć miesięcy po wyborze Willy'ego Brandta na przewodniczącego partii, zjazd SPD w Karlsruhe obradował pod mapą Niemiec w granicach z 1937 roku i napisem „Dziedzictwo i misja”¹.

Trzy i pół roku później, 18 marca 1968 roku, Willy Brandt, już jako minister spraw zagranicznych w rządzie wielkiej koalicji, dokonał spektakularnego zwrotu. Na zjeździe SPD w Norymberdze oświadczył, że naród niemiecki potrzebuje pojednania z Polską bez względu na to, kiedy będą mu dane jednoś państwowa i traktat pokojowy. „Co z tego wynika? Wynika z tego uznanie względnie respektowanie linii Odra-Nysa do czasu regulacji pokojowej”². Gwałtowne protesty z szeregów Związku Wypędzonych i partii Unii nie powstrzymały ministra spraw zagranicznych, który w przemówieniu wygłoszonym w Monachium w maju 1969 roku – roku wyborów do Bundestagu – jeszcze raz podkreślił swoje stanowisko: „[...] powtarzam tutaj, że w każdej chwili jesteśmy gotowi pertraktować z rządem polskim w sprawie wymiany deklaracji o wyrzeczeniu się użycia siły z uwzględnieniem problemu granic – jako element europejskiego ładu pokojowego. Jesteśmy gotowi do rozmów. Pojednanie z Polską to jedno z wielkich zadań, które przed nami stoją. I jestem pewien, że także znacząca większość wypędzonych rodaków popiera ten cel”³.

Dalej – jak zauważa Brandt we wspomnieniach *Begegnungen und Einsichten*, wydanych w 1974 roku – jako minister spraw zagranicznych w rządzie wielkiej koalicji nie mógł się posunąć i to prawda. Nawiazanie stosunków dyplomatycznych z Polską łączyłoby się nierozdzielnie z uznaniem granicy na Odrze i Nysie tużyckiej oraz z jakąś formą uznania NRD. Tej ceny CDU/CSU nie chciała wówczas zapłacić. Cztery i pół miliona osób wypędzonych z terenów na wschód od Odry i Nysy, a mieszkających w 1950 roku w Republice Federalnej i Berlinie Zachodnim, stanowiło potencjał wyborczy, o który zabiegały wszystkie partie. A jeśli doliczyć osoby wypędzone z obszarów osadnictwa niemieckiego poza

graniami Rzeszy, liczba ta przekraczała nawet 8 milionów⁴. Kto się wypowiadał za uznaniem granicy na Odrze i Nysie, a tym samym za rezygnacją z terenów wschodnich byłej Rzeszy Niemieckiej, ten jeszcze w roku 1969 ryzykował sporo.

Socjaldemokraci i liberałowie, gotowi podjąć to ryzyko, cieszyli się poparciem liczących się mediów, w tym hamburskich tygodników „Der Spiegel”, „Die Zeit” i „Stern” oraz trzech dzienników ponadregionalnych: „Süddeutsche Zeitung”, „Frankfurter Allgemeine Zeitung” i „Frankfurter Rundschau”. Jednak przeważyła, jaką uzyskali w 6. wyborach do Bundestagu 28 września 1969, była znikoma: łącznie SPD i FDP zdobyły zaledwie pięć głosów więcej niż wynosiła absolutna większość wymagana do wyboru kanclerza. Dwudziestego pierwszego października 1969 roku czterema głosami ponad wymagane minimum wybrano Willy'ego Brandta kanclerzem federalnym. Zwrotnice dla „nowej polityki wschodniej” Republiki Federalnej Niemiec zostały ustawione.

Podpisując 7 grudnia 1970 roku układ warszawski, kanclerz Willy Brandt i minister spraw zagranicznych Walter Scheel wiedzieli, że mają za sobą większość Niemców, a przeciw sobie – silną mniejszość; w sondażu z marca owego roku 58 procent ankietowanych opowiedziało się bowiem za uznaniem granicy na Odrze i Nysie, natomiast 25 procent – przeciw. Zastrzeżenie, że granica polsko-niemiecka będzie definitywnie ustalona w traktacie pokojowym, zostało formalnie uwzględnione w notach rządów Republiki Federalnej i trzech mocarstw zachodnich do rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Jednak żadna z obu stron nie miała wątpliwości, że układ o podstawach normalizacji stosunków wzajemnych utrwała terytorialny status quo między Niemcami a Polską i właśnie z tego powodu staje się wielką cezurą w relacjach między obydwojma narodami. Kłękając przed warszawskim pomnikiem Bohaterów Getta, Brandt uznał historyczną winę Niemiec – było to najbardziej przejmujące wyznanie winy, jakie po 1945 złożył polityk niemiecki. W przemówieniu telewizyjnym, wygłoszonym z Warszawy do Niemców, kanclerz zapewnił, że układ „niczego nie oddaje, co i tak nie byłoby od dawna przegrane”, i to nie przez tych, na których spoczywa odpowiedzialność w Republice Federalnej, „lecz przez zbrodniczy reżim, narodowy socjalizm”⁵.

¹ Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokraten 1945 bis 1965*, Berlin 1982, s. 569.

² Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, s. 242.

³ Tamże, s. 243.

⁴ Karl Dietrich Erdmann, *Die Zeit der Weltkriege*, t. 2 (część): *Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933-1939. Der Zweite Weltkrieg. Das Ende des Reiches und die Entstehung der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik* (również w: Bruno Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, oprac. Herbert Grundmann, t. 4), Stuttgart 1976, wyd. IX, s. 808-809.

⁵ *Texte zur Deutschlandpolitik* 6 (1969/71), s. 263-265.

Ostverträge do końca budziły w Republice Federalnej wewnątrzpolityczne kontrowersje - układ o podstawach stosunków między RFN a NRD jeszcze ostrzejsze niż układ moskiewski czy warszawski, obydwa ratyfikowane 17 maja 1972 roku znaczną przewagą głosów przy wstrzymującej się większości posłów CDU/CSU. Układy wschodnie Republiki Federalnej stanowiły konieczny warunek, by w 1975 roku, po dwóch latach rokowań, mogło dojść do skutku porozumienie 35 państw europejskich, USA i Kanady: helsiński Akt Końcowy, podpisany na zakończenie Konferencji Bezpieczeństwa i Współpracy w Europie. Akt Końcowy uznawał nienaruszalność istniejących granic i zasadę nieingerencji w wewnętrzne sprawy państw sygnatariuszy. Dla Związku Radzieckiego oznaczało to akceptację jego przywództwa w Europie Wschodniej przez Zachód. Zachód wymógł jednak na Związku Radzieckim omówienie zagadnień dotyczących poszanowania praw człowieka i podstawowych swobód obywatelskich łącznie z wolnością myśli, wyznania i przekonań, a także postanowienia w sprawie kontaktów międzyludzkich oraz swobody przepływu informacji. Była to cena, jaką „obóz socjalistyczny” musiał zapłacić za porozumienie z Zachodem.

Akt Końcowy z 1975 roku uaktywnił ruchy obywatelskie w państwach Układu Warszawskiego - możemy to stwierdzić, nie deklarując Helsinek jako jedynej przyczyny rozwoju wydarzeń, który w następnym dziesięcioleciu miał radykalnie zmienić Europę i świat. W Polsce inny czynnik okazał się co najmniej równie ważny, jeśli nie ważniejszy: wybór kardynała krakowskiego, Karola Wojtyły, na papieża w październiku 1978 roku. Z perspektywy ćwierćwiecza można bez przesady powiedzieć, że z uwagi na swoje świeckie skutki pontyfikat Jana Pawła II zasługuje na miano „rewolucji papieskiej”, a ściślej mówiąc – drugiej rewolucji papieskiej w dziejach.

W 1931 roku „rewolucją papieską” nazwał walkę papieża Grzegorza VII z cesarzem i ówczesnymi królami Eugen Rosenstock-Huessy, uniwersalny uczonej niemiecko-żydowskiego pochodzenia, profesor uniwersytetu wrocławskiego, w książce *Die Europäischen Revolutionen. Volkscharaktere und Staatenbildung*. W dokumencie *Dictatus Papae* z 1075 roku – manifestie rewolucji papieskiej, jak nazywa go Rosenstock-Huessy – Grzegorz VII przyznał sobie prawo zdejmowania władców świeckich z tronu¹¹. Jan Paweł II tego nie zrobił. Lecz gdy w czerwcu 1979 roku przyjechał po raz pierwszy z wizytą do ojczystego kraju, pokazał komunistycznej władzy, że nie ona, lecz on cieszy się we wciąż jeszcze katolickiej Polsce

¹¹ Eugen Rosenstock-Huessy, *Die Europäischen Revolutionen: Volkscharaktere und Staatenbildung*, Jena 1931.

większym poparciem. Z kościelnego punktu widzenia druga rewolucja papieska była rewolucją konserwatywną. Ale jej świeckie skutki miały charakter wolnościowy. Wywarła ona decydujący wpływ, sięgający daleko poza granice Polski, na osłabienie, a wreszcie upadek władzy komunistycznej.

Gdyby nie wizyta papieska, powstanie „Niezależnego Samorządnego Związku Zawodowego Solidarność” we wrześniu 1980 roku i jego oficjalna rejestracja miesiąc później byłyby w ogóle nie do wytłumaczenia. Niezależny od partii związek zawodowy w państwie komunistycznym stanowił sprzeczność samą w sobie. Lenin widział w związkach zawodowych „pas transmisyjny” między partią komunistyczną a masami robotniczymi, przyznawał im jedynie rolę partyjnego instrumentu władzy. Dwadzieścia jeden postulatów wysuniętych 18 sierpnia 1980 roku w Gdańsku, kolebce „Solidarności”, oznaczało więc zapowiedź walki z „centralizmem demokratycznym”, którym – w myśl 21 warunków przyjęcia do Międzynarodówki Komunistycznej z 6 sierpnia 1920 roku – miały się kierować partie komunistyczne. Wprawdzie Komintern w maju 1943 roku formalnie rozwiązano, ale „centralizm demokratyczny” pozostał, a wraz z nim – dogmat o zależności związków zawodowych od partii. To, co się wydarzyło w Polsce latem 1980 roku, miało więc jakość rewolucyjną (albo – z punktu widzenia ortodoksyjnych „marksistów-leninistów” – kontrrewolucyjną).

Stan „dwuwładzy”, jaki nastąpił wówczas w Polsce, nie mógł trwać długo. Sprzeczność między wolnościowym charakterem nowego związku zawodowego a dyktatorskim charakterem władzy państwowej wymagała rozwiązania. Wcześniej czy później „kwestia władzy” musiała zostać wyjaśniona. Jak się zachowa wobec polskiego kryzysu Związek Radziecki – na to pytanie w 1980 roku jeszcze nie było odpowiedzi.

W Republice Federalnej Niemiec wydarzenia polityczne wczesnych lat osiemdziesiątych wywołały sprzeczne reakcje. Usilne dążenie Polaków do wolności spotykało się zrazu z szeroką sympatią, u niektórych socjaldemokratów połączoną jednak od samego początku z poczuciem pewnego dyskomfortu: nowy niezależny związek zawodowy nie był lewicowy i socjalistyczny, lecz narodowy i katolicki – a więc zupełnie inny niż ich wyobrażenie o „postępowym” ruchu robotniczym. W NRD dawne uprzedzenia wobec Polaków były silniejsze niż w Republice Federalnej: strajki w sąsiednim kraju oceniano często jako wyraz braku dyscypliny, a nawet niechęci do pracy. Reżim i społeczeństwo były najwyraźniej w tym punkcie w dużej mierze zgodne.

W miarę jak zaostczał się najnowszy polski kryzys, wśród Niemców obu państw rósł strach przed międzynarodowymi skutkami chaosu i wojny domowej w Polsce. Gdyby Polskę nie dało się już rządzić i Związek Radziecki, wraz z innymi państwami Układu Warszawskiego, interweniowałby w podobny sposób jak w 1968 roku w Czechosłowacji, skutki dla stosunków między Wschodem a Zachodem musiałyby być dramatyczne. W lutym 1980 roku, dwa miesiące po wkroczeniu dywizji radzieckich do Afganistanu, prezydent Francji Giscard d'Estaing i niemiecki kanclerz federalny Helmut Schmidt ostrzegali we wspólnym oświadczeniu, że „drugiego takiego ciosu” odprężenie nie znieśie¹². Interwencja wojskowa Związku Radzieckiego w Polsce byłaby takim „drugim ciosem”, a dla żadnego innego kraju poza samą Polską zerwanie polityki odprężenia nie miałyby tak negatywnych następstw jak dla podzielonych Niemiec. W końcu to właśnie dopiero dzięki tej polityce Republika Federalna i NRD doszły do jakiegoś modus vivendi – ograniczonej współpracy pod hasłem „ufatwień dla ludności”.

Wprowadzenie stanu wojennego w Polsce przez polskiego szefa partii i rządu, Jaruzelskiego, 13 grudnia 1981 roku zostało w Republice Federalnej przyjęte z trwogą i ulgą jednocześnie – trwogą, bo konsekwencji nie można było jeszcze przewidzieć, a z ulgą, ponieważ wewnętrzne rozwiązanie kryzysu przez samych Polaków wydawało się złem o wiele mniejszym niż interwencja wojskowa Związku Radzieckiego. Kanclerz federalny, socjaldemokrata Helmut Schmidt, który w tym czasie przebywał z sekretarzem generalnym SED i przewodniczącym Rady Państwa NRD, Erichem Honeckerem, w Schorfheide na północ od Berlina, jeszcze 13 grudnia 1981 roku oświadczył w wywiadzie telewizyjnym: „Pan Honecker był równie zaskoczony jak ja, że okazało się to konieczne”¹³. Na autopoprawkę Schmidta nie trzeba było długo czekać – 18 grudnia zapewnił na forum Bundestagu o swojej sympatii dla polskich robotników i zażądał szybkiego zniesienia stanu wojennego.

Kilka tygodni wcześniej, na przełomie października i listopada 1981 roku, Egon Bahr, właściwy architekt socjaldemokratycznej *Ostpolitik*, odpowiadał na pytania dwóch przedstawicieli wydawnictwa Rowohlt-Verlag, którzy chcieli opublikować książkę przedstawiającą jego poglądy na temat sytuacji Niemiec i świata. Bahr roztoczył swoją wizję konieczności „wspólnego bezpieczeństwa” – myśl, od której jego zdaniem Związek Radziecki i NRD były jeszcze równie dalekie jak USA i Re-

publika Federalna. Bahr był jednak przekonany, że „istnieje tylko wspólne bezpieczeństwo [...], razem z przeciwnikiem, razem w sojuszach, razem z poszczególnymi warstwami przywódczymi. Nie możemy już zapewnić sobie bezpieczeństwa osobno, pojedynczo. Możemy je mieć tylko wspólnie. Odnosząc to do naszej sytuacji: jako Republika Federalna możemy zapewnić sobie bezpieczeństwo tylko wspólnie z NRD. W przeciwnym razie – co też byłoby jakimś rozwiązaniem kwestii niemieckiej – będziemy zjednoczeni w upadku”. Z tego stwierdzenia obaj rozmówcy Bahr wyciągnęli wniosek, że jego zdaniem prawo Polski „do samookreślenia swojej historycznej przyszłości musi w razie konieczności zostać złożone w ofercie tej wizji i temu rodzajowi bezpieczeństwa i że gdyby członkostwo Polski w Układzie Warszawskim miało zostać zakwestionowane, to rozwojowi wypadków można, a nawet trzeba byłoby siłą położyć kres w interesie stabilności, a którą się Pan opowiada”.

Bahr upewnił ich co do słuszności tej konkluzji: „Ależ oczywiście. Jak już stwierdziliśmy, prawo narodu do samostanowienia musi być podporządkowane utrzymaniu pokoju. Odnosi się to także do Polaków. Ambicje narodowe Polaków też muszą być podporządkowane interesowi, jakim jest utrzymanie pokoju. Tego żądam od Republiki Federalnej, mogą tego też żądać od Ameryki. Tylko w sferze mieszczącej się poniżej owego nadrzędnego celu narody i państwa powinny mieć możliwość własnego rozwoju, ale wtedy powinny ją już mieć na pewno”¹⁴. Gdy w marcu 1982 roku to Bahr wyznanie wiary dotyczące polityki bezpieczeństwa ukazało się drukiem, w Polsce już od trzech miesięcy panował stan wojenny. To nie Związek Radziecki interweniował w Polsce - to polski szef partii i rządu, zarzem general, w porozumieniu z Moskwą położył siłą kres rozwojowi wypadków, który zwolennikom twardej linii, między innymi Honeckerowi, wydawał się zagrożeniem dla wszystkich państw Układu Warszawskiego.

Bahr wyłożył w tym wywiadzie nie tylko swoje osobiste poglądy. Podobnie myśleli inni socjaldemokraci. Günter Gaus, do 1981 roku szef Stałego Przedstawicielstwa Republiki Federalnej w NRD, stwierdził w styczniu 1982 roku na łamach „Die Zeit”, że uznanie europejskiego status quo to „konieczność odrzucenia werbalnego radykalizmu, pochwalającego śmiertelnie groźne tempo zmian i taki rodzaj przemiany, która zmierza do pokonania drugiej strony. Europie Zachodniej potrzebna jest do przetrwania stabilna Europa Wschodnia – i odwrotnie”¹⁵.

¹² Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, t. 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, wyd. V.

¹³ Tamże, s. 383-384.

¹⁴ Egon Bahr, *Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten*, Reinbek 1982, s. 22-23.

¹⁵ Günter Gaus, *Polen und die westliche Allianz oder Ein Plädoyer für die Entspannungspolitik*, w: Heinrich Böll i in. (oprac.), *Verantwortlich für Polen?*, Reinbek 1982, s. 109-118 (pierwodruk w: „Die Zeit”, 22 I 1982).

Niekiedy za argument mający usprawiedliwić brak czy słabe zaangażowanie w obro- nie internowanych związkowców i intelektualistów w kraju wschodniego sąsiada służyło wskazywanie na zbrodnie narodowego socjalizmu. Przewodniczący SPD Willy Brandt, zapytany w lutym 1982 roku w wywiadzie dla „Die Zeit” o francuską krytykę swojej łagodnej oceny stanu wojennego w Polsce, tłumaczył się słowami: „To nie przypadek, że Niemiec jest bardziej powściągliwy, gdy mówi się o obozach w Polsce. Bo gdyby to on o tym mówił, od razu sprowokowałby pytanie o inne obozy, jakie w Polsce istniały. Zażenowanie, to szczególne skrępowanie, mające swoje źródło w przeszłości, dla Francuzów nie stanowi żadnego problemu”¹⁴.

Socjaldemokratyczno-liberalna *Ostpolitik* lat siedemdziesiątych dążyła do utrwalenia pokoju w Europie i wprowadzenia ułatwień humanitarnych, przede wszystkim w podzielonych Niemczech. Akt Końcowy konferencji helsińskiej z 1975 roku nadał poszanowaniu praw człowieka podobnie wysoką rangę jak nienaruszalności granic. W latach osiemdziesiątych priorytetową sprawą dla socjaldemokracji niemieckiej stało się stopniowe wycofywanie z wyścigu zbrojeń, natomiast zaangażowanie na rzecz praw człowieka zeszło na plan dalszy. „Druga faza polityki wschodniej”, o której jako pierwszy mówił w styczniu 1980 roku socjaldemokrata i poseł do Bundestagu Karsten Voigt, stała pod hasłem „wspólne bezpieczeństwo”¹⁵.

Z punktu widzenia polityki zbrojeniowej takie wytyczenie celu było konieczne, jednak z punktu widzenia polityki zagranicznej jego definicja okazała się niewystarczająca. Dążeń wolnościowych w państwach Układu Warszawskiego socjaldemokratyczny scenariusz bezpieczeństwa nie przewidywał, odbierano je więc na ogół jako czynniki zakłócające. Niektórym obserwatorom socjaldemokratyczna polityka wschodnia w latach osiemdziesiątych przypominała politykę europejskiej równowagi sił, prowadzoną przez austriackiego kanclerza Metternicha w dobie restauracji i Vormärzu¹⁶. Polityka europejskiego porządku w interesie niemieckim – do takiej formuły można sprowadzić idee, które przyświecały Egonowi Bahrowi, prekursorowi myśli socjaldemokratycznej w sprawach polityki zagranicznej i bezpieczeństwa. Układy o bezpieczeństwie, wynegocjowane z rządzącymi partiami komunistycznymi przez SPD po utracie władzy w 1982 roku, były nie tylko przykładem konkurencyjnych działań na „poboczu” oficjalnej polityki zagranicznej.

¹⁴ Entspannungspolitik ohne Kaltschnäuzigkeit (wywiad z Willym Brandtem). „Die Zeit”, 5 II 1982.

¹⁵ Karsten Voigt, Schrittweiser Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf. Nach dem Berliner Parteitag der SPD. „Die Neue Gesellschaft” 27 (1983), s. 47-51.

¹⁶ Heinrich August Winkler, Wohin treibt die SPD? Die Bundesrepublik braucht eine regierungsfähige Opposition, „Die Zeit”, 11 XI 1983.

Świadczyły także o braku poczucia rzeczywistości i niedostatecznym uwrażliwieniu na wartości, za którymi SPD opowiadała się od czasów swojego powstania.

Przetrawianie przez okres stanu wojennego polski ruch wolnościowy zawdzięczał przede wszystkim swojej wytrwałości i uporowi. Od 1985 roku sprzyjał mu polityczny przełom w Związku Radzieckim pod rządami Michaiła Gorbaczowa. Spośród sojuszników Związku Radzieckiego Polska jako pierwsza przełamała w epokowym roku 1989 komunistyczną dyktaturę partyjną. W czasach, gdy w Republice Federalnej jeszcze mało kto wierzył w zjednoczenie, intelektualści polscy, jak Bronisław Geremek i Adam Michnik wypowiadali się za jednością Niemiec. Dopiero po upadku muru berlińskiego 9 listopada 1989 roku również na zachodzie Niemiec powoli dojrzewiała świadomość, że połączenie obu państw niemieckich może już niebawem stać się politycznie możliwe, a nawet konieczne.

J e d n y m z warunków tego połączenia było – co dla realistów nie ulegało wątpliwości – definitywne, obowiązujące w świetle prawa międzynarodowego uznanie granicy na Odrze i Nysie. Kanclerz federalny Helmut Kohl, który o wiele wcześniej niż większość socjaldemokratów dostrzegł szansę ponownego zjednoczenia i na ten cel ukierunkował swoją politykę, nie miał pod tym względem złudzeń. Z przyczyn polityki wewnętrznej – z uwagi na wypędzonych wśród elektoratu partii Unii - chciał się jednak możliwie jak najpóźniej opowiedzieć za ostatecznym uznaniem wschodniej granicy niemieckiej z 1945 roku. Trzymał się tej linii jeszcze przez wiele tygodni 1990 roku mimo nacisków ze strony sojuszników zachodnich, liberalnego ministra spraw zagranicznych, Hansa-Dietricha Genschera, oraz opozycyjnych socjaldemokratów i Zielonych.

Dopiero 8 marca 1990 roku, dziesięć dni przed pierwszymi i ostatnimi wolnymi wyborami do Izby Ludowej NRD, Bundestag przegłosował wniosek o jednobrzmiące postanowienie obydwu parlamentów niemieckich w sprawie granicy polsko-niemieckiej. Miało ono zapewnić naród polski, że „jego prawo do życia w bezpiecznych granicach nie będzie przez nas, Niemców, kwestionowane wysuwaniem roszczeń terytorialnych ani teraz, ani w przyszłości”. W takim duchu miał uregulować kwestię granicy po zjednoczeniu Niemiec układ między rządem ogólnoniemieckim a rządem polskim¹⁷.

¹⁷ Archiv der Gegenwart 60 (1990), s. 34305-34306.

Dwudziestego pierwszego czerwca 1990 roku Bundestag i Izba Ludowa przegłosowały stosowne, jednobrzmiące postanowienia. Na konferencji „2+4” odbywającego państwa niemieckie uzgodniły z czterema mocarstwami, które „ponosily odpowiedzialność za Niemcy jako całość”, a 17 lipca 1990 w Paryżu z Polską, że po zjednoczeniu Niemiec i odzyskaniu przez nie suwerenności polsko-niemiecki traktat graniczny powinien zostać w jak najkrótszym terminie podpisany i przedłożony do ratyfikacji ogólnoniemieckiemu parlamentowi. Niemcy odzyskały suwerenność 3 października 1990 roku, w dniu zjednoczenia. Sześć tygodni później, 14 listopada 1990 roku, odbywał ministerowie spraw zagranicznych, Hans-Dietrich Genscher i Krzysztof Skubiszewski, podpisali w Warszawie traktat graniczny. Miał on zostać ratyfikowany razem z traktatem o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy. 17 października 1991 roku uczynił to Bundestag, a dzień później – Sejm.

Trzeci października 1990 roku to data rozwiązania d w ó c h kwestii stulecia - niemieckiej i polskiej. Od dnia zjednoczenia wiadomo definitywnie, gdzie leżą Niemcy, gdzie przebiegają ich granice, co do Niemiec należy, a co nie. Jednym z warunków ich zjednoczenia było prawnomiędzynarodowe uznanie przez Niemcy granicy polsko-niemieckiej na Odrze i Nysie. Właśnie dlatego 3 października 1990 roku to również data definitywnego rozwiązania kwestii polskiej. W chwili zjednoczenia nie było już oporów wobec traktatowego uznania granic z 1945 roku. Ponad cztery dziesiątki lat podziału Niemiec pomogły zrozumieć, że rezygnacja z terenów wschodnich jest nieodzowna, aby móc zjednoczyć to, co jeszcze pozostało z Rzeczy Niemieckiej. Czy zatem podział Niemiec był konieczny do zrozumienia, że ponowne zjednoczenie jest możliwe t y l k o w granicach z 1945 roku? Niełatwo odpowiedzieć twierdząco na to pytanie. Ale wszystko przemawia za tym, że tak było.

Podział Polski trwał o wiele dłużej niż podział Niemiec. Do sprawców i beneficjentów rozbiorów należały dwa mocarstwa niemieckie – Austria i Prusy. Mocarskowa kariera Prus wiązała się bardzo ściśle z upadkiem Polski. Gdy Sojusznicza Rada Kontroli w lutym 1947 roku formalnie likwidowała państwo pruskie, Rzecz Niemiecka stworzona przez Bismarcka już nie istniała. Stosunki między Niemcami a Polakami były obciążone od chwili, gdy Polska została podzielona, czyli od drugiej połowy XVIII wieku. Nie poprawiły się w okresie, gdy ponownie zaistniało polskie państwo narodowe, czyli po 1918 roku. W republice weimarskiej nadal uważano to państwo za nielegalne. Dążenia do jego likwidacji pojawiły się po stronie niemieckiej, zanim jeszcze Hitler doszedł do władzy. Pod jarzmem nie-

mieckiego narodowego socjalizmu żaden inny kraj europejski nie wycierpiał tyle co Polska. Wysiedlenia ludności są zawsze niesprawiedliwością i dotyczy to również wysiedleń Niemców w 1945 roku, a także późniejszych. Ale ten, kto mówi o tych wysiedleniach, nie może milczeć o ich prehistorii.

Niemcy zrozumieli, chociaż dopiero długo po 1945 roku, że podział ich kraju miał głębszą przyczynę i że tkwiła ona w polityce niemieckiej i w niemieckiej winie. To zrozumienie było konieczne, by przeciwdziałać nowemu niemieckiemu nacjonalizmowi. Czasem to właściwe rozumienie przybierało jednak cechy zeświecczonej teologii historii. Prowadziło wtedy do konkluzji: z powodu zbrodni popełnionych przez Niemców w imieniu Niemiec podczas II wojny światowej Niemcy powinny pozostać podzielone na zawsze.

Podział Niemiec jako pokuta za Oświęcim – takie przekonanie było bardzo rozpowszechnione wśród niemieckiej lewicy i niemieckich protestantów zarówno w Republice Federalnej, jak i w NRD. Willy Brandt kilkakrotnie mu się zdecydowanie sprzeciwiał, i to w czasach, gdy „pokojowa rewolucja” w NRD była jeszcze w pełnym toku. Osiemnastego grudnia 1989 roku, w dniu swoich 76. urodzin, oświadczył na zjeździe SPD w Berlinie: „Wina jakiegoś narodu, choćby nie wiem jak ciężka, nie może zostać odkupiona przez podział narzucony mu na zawsze”²⁰. Podział Niemiec został tymczasem przewyżczonej, ale niemiecka wina nie została odkupiona. Takiej winy odkupić nie można. Stanowi ona część historii, której Niemcy muszą stawić czoło, jeśli chcą w dzisiejszych czasach działać odpowiedzialnie.

Bez samowyzwolenia Polski nie byłoby zjednoczenia Niemiec – także pod tym względem zachodzi związek między rozwiązaniem kwestii niemieckiej i kwestii polskiej. Walka Polaków o wolność ostatecznie zakończona sukcesem w 1989 roku, zapoczątkowała „pokojową rewolucję”, która jesienią tegoż roku ogarnęła także NRD, a jesienią roku 1990 doprowadziła do zjednoczenia obu państw niemieckich. Niemcy mają więc wszelkie powody po temu, by odczuwać wdzięczność wobec Polaków. Trzeciego października 1990 roku rozpoczął się nowy rozdział w historii stosunków między Niemcami a Polakami. Nowy początek jest ważny nie tylko dla tych dwóch narodów, lecz także dla celu, któremu te narody są oddane: dokonania dzieła europejskiego zjednoczenia.

Tłumaczenie Barbara Ostrowska

²⁰ Willy Brandt, „...was zusammengehört”. Über Deutschland, Bonn 1993, wyd. II, s. 62.

dr Krzysztof Ruchniewicz
p.o. dyrektora Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. Willy Brandta

Szanowni Państwo!

W imieniu współorganizującego dzisiejszy wykład Centrum Studiów Niemieckich i Europejskich im. W. Brandta chciałbym na zamknięcie naszego spotkania wygłosić kilka zdań.

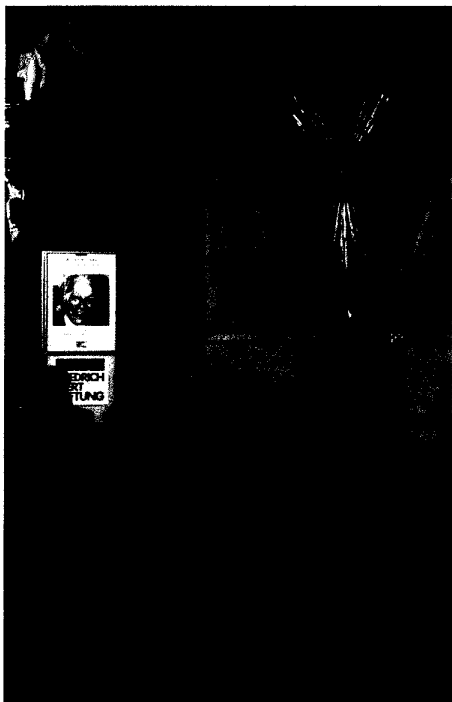
Spotkanie to, jak i planowane coroczne wykłady poświęcone pamięci W. Brandta, jest wynikiem współpracy naszego Centrum i Fundacji im. Friedricha Eberta. Mam nadzieję, że będzie to początek udanego współdziałania naszej placówki z tą i innymi fundacjami i instytucjami naukowymi z Niemiec. Przypomnę tylko Państwu, że nasze Centrum powstało również dzięki współpracy polsko-niemieckiej, gdyż założył je Uniwersytet Wrocławski i DAAD.

Chciałbym serdecznie podziękować naszemu dzisiejszemu mówcy, prof. Heinrichowi Winklerowi za przybliżenie nam swojej wizji miejsca i roli problemu niemieckiego i polskiego w historii ubiegłego stulecia. Pod koniec XX w. oba te problemy znalazły wreszcie swe rozwiązanie. Zjednoczenie Niemiec, odzyskanie przez Polskę suwerenności i budowa w naszym kraju demokracji, jak i postępująca integracja europejska sprawiły, że te dwa problemy, splatające się częstokroć w zapalne i konfliktogenne węzły, należą już do przeszłości. Stały się przedmiotem badań historycznych, a nie obiektem bieżącej polityki. Duże zasługi ma w tym również patron naszego Centrum, kanclerz RFN Willy Brandt. Wielki przełom w stosunkach z państwami Europy Środkowej i Wschodniej zapoczątkował przecież proces porozumienia i pojednania, także między Niemcami a Polakami, który radykalnie odmienił nasze stosunki. „Jej dążenie do zapewnienia sobie bytu w nareszcie bezpiecznych granicach oraz niechęć do bycia *państwem na kolach* napotyka na nasze zrozumienie – mówił Brandt o Polsce w końcu lat 60-tych – Pojednanie z nią jest naszym moralnym i politycznym obowiązkiem. Do tego pojednania należy nie tylko wyrugowanie z naszych dążeń wszelkiej myśli o premedytacji, ale także świadomość, że nie wolno pozostawić żadnego załączka przyszłych

sporów”. Słowa te uznać możemy za swego rodzaju testament tego polityka, uhonorowanego za swą pracę Pokojową Nagrodą Nobla. Chcemy również, by nasze Centrum poprzez swe prace poświęcone przeszłości Niemiec i stosunków polsko-niemieckich, jak też badania dotyczące współczesności, miało jakiś wkład w budowanie partnerskich relacji między Niemcami a Polakami. Mam nadzieję, że absolwenci naszych studiów podyplomowych i doktoranckich, które otwieramy w tym roku, już za kilka lat będą aktywnie pracować w tym kierunku.

Szanowni Państwo! Wykład naszego gościa był tak obfity w różne wątki i tak zachęcający do rozmów i refleksji, że krótka dyskusja, którą przed chwilą odbyliśmy, nie wyczerpała ich. Mam nadzieję, że rozmowy na ten temat będziemy toczyć za chwilę, w mniej oficjalnych warunkach.

Dziękuję za przybycie i uwagę.



Przemawia Przewodniczący Fundacji im. Friedricha Eberta,
Holger Börner

Am Rednerpult Holger Börner, Vorsitzender
der Friedrich-Ebert-Stiftung



Historyczna Sala Muzyczna Uniwersytetu we Wrocławiu

Der historische Musiksaal der Universität Breslau